

„Das machen wir jedes Jahr“

Salzpipeline-Gegner Professor Dr. Gerd Rohmann redete vor K + S-Aktionären auf Hauptversammlung

VON THOMAS THIELE

KASSEL/GIESELWERDER. „Ich hatte zwar keine Chance bei der Abstimmung, aber es hat sich trotzdem gelohnt. Die Sympathie war auf unserer Seite“, schildert Professor Dr. Gerd Rohmann seine Eindrücke, als er von der Hauptversammlung der Aktionäre des Konzerns K+S in Kassel zurückkommt. Der Salzeinleitungsgegner aus Gieselwerder hatte im Frühjahr eine K+S-Aktie gekauft und sich damit das Recht erworben, auf der Hauptversammlung zu reden.

Dahinter steckt die Idee des Salzeinleitungsgegners, durch Reden vor den Aktionären die Konzernleitung „von innen heraus“ davon zu überzeugen, dass die geplante Entsorgung in die Oberweser nicht aktueller Stand der Technik sei und der Umwelt schade. Rohmann schaffte es auf die Rednerliste,

um seine Anträge persönlich vorzustellen, musste aber auf dem Weg zum Rednerpult Sicherheitschecks „wie am Flughafen“ durchlaufen.

Sein erster Antrag, die ohnehin geschälerte Dividende auf die Aktien auszusetzen und stattdessen in die Siedetechnik zur Abwasserentsorgung zu investieren, scheiterte. Er war aus formalen Gründen nicht möglich, da die Dividende an die Aktionäre ausgezahlt werden muss, „solange K+S nicht pleite ist“, wie Rohmann beschreibt. Trotz rascher Umformulierung hatte sein Antrag keine Chance und wurde abgelehnt.

„Manövrieren Sie sich und uns nicht in eine Sackgasse.“

GERD ROHMANN AUF DER HAUPTVERSAMMLUNG

Bei über Tausend anwesenden Aktionären und einer von 192 000 Aktien eine Mehrheit zu bekommen, sei ohnehin illusorisch. Vorstand und Aufsichtsrat bekamen einen 99-prozentigen Vertrauensbeweis.

Rohmann verbuchte als Anerkennungserfolg für sich aber die vielen Rückfragen von Aktionären, nachdem er die Nichtentlastung des Vorstands beantragt hatte. Er versuchte darzulegen, dass die K+S-Führung mit ihrem Festhalten an der Einleitungspraxis mit einem 1000 Kilometer langen Pipeline-System mit langwierigen Enteignungsverfahren und teuren Ausgleichsprojekten in die falsche Richtung investiere. Es mache



Hauptversammlung von K+S: Der Vorstandsvorsitzende Norbert Steiner sprach zu den Aktionären, unter denen auch Professor Dr. Gerd Rohmann war.

Foto: Koch



Vor der Stadthalle: Rohmann und sein Kollege Dieter Wienecke (links). Drinnen durften sie nicht fotografieren.

Foto: privat

juristisch angreifbar und gefährde das Unternehmen.

Für Artenverarmung und die Trinkwassergefährdung müsse nach dem Verursacherprinzip der Konzern haften. Der Klimawandel solle schon jetzt in der Weser für einen so niedrigen Wasserstand, dass dies bei den aktuellen Grenzwerten einen Produktionsstopp bei K+S nach sich ziehen würde. „Manövrieren Sie sich und uns nicht in eine Sackgasse“, sagte Rohmann.

Seine Begründungen stießen bei Aktionären auf reges Interesse, sagt Rohmann. Die K+S-Profis hätten sich in ihren Beiträgen sehr elegant der Verantwortung entzogen. Doch der streitbare Professor will jetzt jedes Jahr wiederkommen und einen Finger in die salzige Wunde legen.

KOMMENTAR

Eine Chance vertan

THOMAS THIELE über die Pipelinegegner

Professor Dr. Gerd Rohmann hat einen klugen Schritt gemacht. Er hat die rechtlichen Möglichkeiten genutzt und sich in der Aktionärsversammlung des Konzerns Kali + Salz zu Wort gemeldet mit dem Ziel, von innen heraus Überzeugungsarbeit zu leisten. Der Wissenschaftler argumentierte sachlich und unaufgeregt mit den Chancen innovativer Technik, wie es BASF und Bayer am Rhein vormachten. Er warnte vor Schadstoffen, Trinkwassergefährdung entlang der Weser, Folgekosten und möglichen Produktionsstopps - also alles Dingen, die

den Aktionären ans Geld gehen können, also weh tun. Und Rohmann spürte vielversprechende Aufmerksamkeit.

Allerdings blieb er Einzelkämpfer. Es fehlte ein Großauftritt des Vereins Salzfrees Märchenland. Die Initiative von der Oberweser, die sonst mit Plakaten, Sprüchbändern und Diskussionsrunden fix ist, verpasste die Gelegenheit, vor einer Hundertschaft von Journalisten und Kameras bei der K+S-Versammlung aufzutreten und so überregional auf die Krise an der Weser hinzuweisen. Eine vertane Chance.

tty@hna.de